

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1919**

365 (9.8.1919) Mittagausgabe

Badische Presse

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land. Weitans größte Bezieherzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Verlags-Preis: Ausgabe A (ohne Anz. Beilagen) ... Ausgabe B (mit Anz. Beilagen) ...

Stanzung und Verlan von Verb. Literaten. Chefredakteur: Albert Berns. Verantwortl. für alle Anz. ...

Dr. 365.

Karlsruhe, Samstag den 9. August 1919.

35. Jahrgang.

Die neue Reichsabgabenordnung.

WTB. Weimar, 8. Aug. Der Entwurf der Reichsabgabenordnung ist der Nationalversammlung zugegangen. Die Reichsabgabenordnung soll zusammenfassen, was die Reichsteuergeetze an gemeinsamen Vorschriften enthalten. Darüber hinaus sollen sie vor allem die Grundlinien schaffen, daß die Reichsteuergeetze, insbesondere die neu vorgelegenen, durchgeführt werden.

Gerade weil der Steuerbedarf in der Folge so außerordentlich schwer sein wird, ist es um ihn ertüchlich zu gestalten, notwendig, daß alle Pflichten gleichmäßig in den Vorschriften des Gesetzes entsprechend befaßt werden. Andererseits müssen und sollen die Rechte der Beteiligten gesichert sein. Um das zu erreichen, müssen die Veranlagungs- und Rechtsmittelbehörden, über die Unterlegung und Entscheidung in Steuerstreifen obligat, überall in gleicher Weise eingerichtet sein, und es bedarf der einheitlichen Zusammenfassung der gesamten Steuer-Verordnungen und einer reichseigenen Verwaltung. Der ungeheure Steuerbedarf des Reiches zwingt auch dazu, selbst notwendige Lebensmittel zu besteuern. Für die Zölle und Verbrauchsabgaben steht die Reichsverwaltung bereits eine reichseigene Verwaltung vor, ebenso muß für die Reichsvermögensverwaltung eine eigene Verwaltung geschaffen werden. Die reichseigene Verwaltung soll sich auf den bereits bestehenden zum Teil vortrefflichen Organismen der einzelnen Gliedstaaten aufbauen. Dabei wird der obersten Landesbehörden ein wesentlicher Einfluß auf die Finanzverwaltung, insbesondere auch auf die Belegung der Ämter eingeräumt werden.

Der Entwurf sieht für die reichseigene Steuerverwaltung folgende Gliederung vor: 1. Reichsfinanzministerium, 2. Landesfinanzämter, deren Bezirke zunächst den Ländern oder größeren Verwaltungsbezirken der Länder entsprechen sollen; 3. Finanzämter und Hilfsstellen der Finanzämter. Die oberste Leitung steht dem Reichsfinanzministerium zu. Oberste Spruchbehörde in Steuerfällen ist der Reichsfinanzhof.

Somit über die reichseigene Verwaltung. Auch die sonstigen Bestimmungen des Entwurfs verfolgen das Ziel einer gleichmäßigen und reiblichen Ausführung der dem Reich zugehörigen oder noch zu erschließenden Steuerquellen. In dem wird betont, daß bei der Ausübung der Steuererhebung ihre Zweck und ihre wirtschaftliche Bedeutung herabzudrücken werden sollen. Der Staat wenig Steuern zu entrichten braucht, ist grundsätzlich richtig; aber mit einer Beschränkung, und als unerlaubt muss gelten, wenn man per se den Gewinn einer Steuer dadurch zu selbstwirtschaftlichen Zwecken zu erwirken will, daß er den durch Mißbrauch von Formen des bürgerlichen Rechtes in einer Weise erzielt, die formal nicht unter die Steuer fällt. — § 5 sucht hierher zu treffen, indem der Satz aufgestellt wird, daß die Steuerpflicht durch Mißbrauch von Formen und Gestaltungsmaßnahmen des bürgerlichen Rechtes nicht umgangen werden kann. Diese mißbräuchlich getroffenen Maßnahmen sind für die Besteuerung nicht zu berücksichtigen. Die Steuer ist so zu erheben, wie sie bei einer den wirtschaftlichen Verhältnissen angemessenen Gestaltung zu erheben wäre. Daran werden keine Anzuträglichkeiten entstehen. Da die Vorschriften nur gelten, wenn die Absicht der Steuerumgehung feststeht, wird durch die Steuerbehörde rechnet und werden sich danach richten. Ueberhaupt besteht der Wert der Vorschriften vorzugsweise darin, daß sie vor Umgehungsversuchen abgrenzen.

Von den Pflichten, die dem Steuerpflichtigen auferlegt werden sollen, ist besonders bemerkenswert, daß jeder, der ein Einkommen von mehr als 10000 M. versteuert, seine Einnahmen fortlaufend aufzeichnen soll. Die Verpflichtung öffentlichen Behörden und Beamten einschließend der Beamten der Reichsbank, der Staatsbanken und der Schuldverwaltung zur Verschwiegenheit besteht nicht nur für ihre Amtspflichten gegenüber den Finanzämtern. Für die Beamten ist bei der Unverletzlichkeit des Post-, Telegraphen- und Fernschreibens. Auch wer nicht als Steuerpflichtig betrachtet ist, muß dem Finanzamt über die Tatsache Auskunft zu geben, die für die Veranlagung der Steuererhebung, oder in einem Steuerermittlungsverfahren für die Feststellung von Steueransprüchen von Bedeutung ist. Wesentlich wie im Polizeirecht sind den Finanzämtern Befugnisse verliehen, kraft deren sie ihre Anordnungen erzwingen können. Weiterhin regelt der Entwurf eingehend das Rechtsmittel des Betreibungsverfahrens.

Aus dem Abschnitt „Strafrecht“ ist hervorzuheben, daß eine allgemeine Bewährungsbestimmung der Steuerhinterziehung aufgestellt und auch fahrlässige Steuererhebungen unter Strafe gestellt wird. Nach den Vorschriften über die Straferfahrungen sollen die Finanzämter in allen Fällen zur Veranlagung von Steuerüberhandlungsfällen berufen sein. Die Entscheidung soll ihnen zustehen, ob sie auf Geldstrafe oder auf Freiheitsstrafe, oder auf beide Strafen erkennen wollen. Dem Antragssteller bleibt es unbenommen, das Gericht anzusuchen. Wird der Entwurf der Reichsabgabenordnung Gesetz, so ist die wichtigste Vorbedingung für eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der Steuerlasten erzielt.

Weiteres aus dem Reiche der Enthüllungen.

WTB. Berlin, 8. Aug. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ von heute Abend wird von belandeter Seite unter der Überschrift: „Wie ich es auffasse!“ — Der Herr Michaelis gegen die Friedensverträge ein Artikel veröffentlicht. Der Artikel handelt über die Vorgänge im September 1917. Wenn Herr Michaelis seine und die Haltung der Regierung nach dem Frieden sieht, so ist es ihm nicht möglich, sich zu enthalten, woraus es entnommen wird, daß er nicht nur die Friedensverträge, sondern auch die Haltung der Regierung in der Friedensfrage als unzulässig erachtet. Die Reue, die er nach dem Frieden empfindet, ist ihm nicht als ernsthaften Friedenswillen bewiesen hat. Die Reue, die er nach dem Frieden empfindet, ist ihm nicht als ernsthaften Friedenswillen bewiesen hat. Die Reue, die er nach dem Frieden empfindet, ist ihm nicht als ernsthaften Friedenswillen bewiesen hat.

diesem mittelst, daß er die Forderungen der Obersten Heeresleitung in seinen Plan aufgenommen habe. Durch Hornsworths Darlegungen im Unterhause ist der schlüssige Beweis geliefert, daß auch der neutrale Vermittler zu einer Erklärung von deutscher Seite nicht ermächtigt war und Hornsworths Begründung auch das Scheitern jedes weiteren Friedensgesprächs damit, daß die deutsche Regierung keine Erklärung über Belgien abgegeben hat.

Der Artikel schließt: Herr Michaelis führt durch seine ganze Darstellung, die sich bezeichnenderweise auf das Zeugnis von Herren stützt, die bis vor kurzem feierlich erklärt haben, sie müßten von der ganzen Angelegenheit nichts, lediglich den Beweis, daß auch über seiner Meinung der auswärtigen Politik und seiner Auslegung der Begriffe von der territorialen Integrität und

Souveränität das verhängnisvolle Wort steht: Wie ich es auffasse!

Die Fälschung der bayerischen Gesandtschaftsberichte.

WTB. München, 8. Aug. Zur Fälschung der bayerischen Gesandtschaftsberichte erklärt der frühere bayerische Gesandte in Berlin Dr. Friedrich Müller in den „Münchener Neuest. Nachr.“, daß die Bearbeitung der Berichte nicht von ihm stamme. Die Originale habe er überhaupt nicht zu Gesicht bekommen. (Herr Dr. Müller war in der Zeit vom Nov. bis Dez. 1918, etwa 4 Wochen lang, als Vertreter Curt Eisners in Berlin, war aber von der Regierung nicht anerkannt worden.)

Prinz Max von Baden über die Abdankung des Kaisers.

WTB. Salom, 30. Juli. Prinz Max von Baden läßt uns nachstehende Erklärung zugehen: Ich beschlicke demnach eine Darstellung der entscheidenden Vorgänge aus der Zeit vom 1. Oktober bis 9. November 1918 herauszugeben.

Die Schilderung der Vorgänge am 9. November, welche die „Deutsche Tageszeitung“ am 27. Juli bringt und für die General-Feldmarschall von Hindenburg, Generaloberst von Pfaffen, General von Marichall und General Graf Schulenburg, sowie Generalleutnant a. D. von Hingz die volle Bürgschaft übernehmen, nötigt mich im Voraus zu der nachstehenden Erklärung. Ich hätte gerne noch einige Wochen gewartet, bis eine Reihe schwebender internationaler Fragen geklärt sind, aber meine Gegner machen mir ein längeres Schweigen unmöglich.

Zur Mission von Minister Drows im Hauptquartier.

Im Anschluß an den Vortrag des Ministers Drows erhob General Groener einen Vorwurf, welchen sich die „Deutsche Tageszeitung“ offenbar zu eigen macht. „Die Regierung habe die Verletzung durch die heimlichen Blätter und die Propaganda durch die feindlichen Blätter nicht in genügendem Maße gehindert und dadurch der Armeenamenlosen Schaden zugefügt.“

Das ist eine schwere Anklage. Heute will ich darüber nur grundrissig sagen: Um der Agitation der Unabhängigen und der feindlichen Propaganda in Deutschland das Rückgrat zu brechen, gab es seit dem Eintreffen der Wilson-Note vom 23. Oktober nur ein Mittel: Das war der freiwillige und würdige Thronverzicht des Kaisers. Damals stand zu erwarten, daß eine solche Opferthat entweder unsere internationale Lage verbessert, oder, was das Wahrscheinlichere war, den Präsidenten Wilson und seine Verbündeten als vorbildlich entlarvt und damit das deutsche Volk in einen neuen Jern gegen die Feinde geeit hätte, wenn nicht zum militärischen Widerstand, so doch zur moralischen Umwehrung.

Dies dem Kaiser klar zu machen, war der Sinn der Mission Drows.

Die große Stoßkraft hatte die feindliche Propaganda und die Unabhängigenagitation in Deutschland nicht aus eigener Kraft erworben, sondern sie verdankte sie vor allem der Kriegspolitik, die während vier Jahren, insbesondere noch im Jahre 1918 verfolgt wurde.

Die Oberste Heeresleitung ist wiederholt vor und während der großen Offensiven von Gemetzelstößen, Parlamentarien, Gelehrten, einem der bekanntesten Großindustriellen, von mir, ja auch von gewichtigen militärischen Seiten gewarnt worden, daß die psychologische Katastrophe und der Zusammenbruch der Heimatfront unermesslich eintreten würden, wenn am Ende der Campagne 1918 das Verprechen „Friede und Sieg in diesem Jahre“ sich nicht erfüllen würde.

Auch das einzig wirksame Gegenmittel wurde immer wieder und eindringlich angetragen: Auf einem Höhepunkt unserer militärischen Kraft die öffentliche und präzise Verklärung unserer Kriegsziele, vor allem die unweibliche Erklärung über Belgien Wiederherstellung — um entweder den Weg zum Frieden freizumachen oder durch die Bloßstellung des bösen Willens der Feinde ihnen die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges vor der ganzen Welt aufzubürden und damit dem deutschen Krieg wieder den Charakter eines Volkstriebs zu geben. Diese Warnungen wurden weder von der Regierung noch von der Obersten Heeresleitung beachtet.

Daß aber die psychologische Katastrophe mit einer so ungeheuren Wucht hereinbrach, das war nicht nötig; daran war unser überstärktes Waffenstillstandsangebot schuld, das, wie sich später herausstellte, durch die militärische Lage vom 29. September bis 3. Oktober nicht gerettet werden konnte und das sofort im Innern und Ausland als eine militärische Bankrotterklärung wirkte.

Die Tatsache, daß die kaiserliche Regierung sich gerade an den Präsidenten Wilson wandte, hat im Oktober und November zu der übertragenden Machtstellung in der öffentlichen Meinung Deutschlands beigetragen. Das Große Hauptquartier beschloß am 29. September den Hauptbestandteil der angelegentlichsten Maßnahmen um die Durchführung eines sofortigen Waffenstillstandes zu bitten. Darin lag die größte Fuldigung, die dem feindlichen Staatmann während des ganzen Krieges zu teil geworden war, eine Fuldigung mit der verfallenen Illusionen und Lobreden, die auf demokratischer Seite über Wilson aufgetanzt waren, Abhilfe zu finden.

Ohne die Waffenstillstandsbedingung an Wilson hätten seine im Oktober gegen den Kaiser gerichteten Worte und gleichzeitigen Zugaben an das deutsche Volk niemals die Abdankungsstrife in dieser Schärfe hervorgerufen können.

Zu den Vorgängen am 9. November im Hauptquartier.

1. Die in der „Deutschen Tageszeitung“ veröffentlichte „Denkschrift“ läßt unermesslich, daß am 9. früh 11 1/2 Uhr Staatssekretär von Hingz in der Reichskanzlei anrief und mittelst, die Oberste Heeresleitung habe sich entschlossen, sofortiger Kaiserliche Majestät zu melden, daß die bewaffneten Streitkräfte im Falle eines Bürgerkrieges nicht hinter dem Kaiser stehen würden und daß die Armeen aus Ernährungsschwierigkeiten nicht im Stande sein würden, einen Bürgerkrieg zu führen.

2. Die „Denkschrift“ behauptet, daß die Frage der Abdankung während des Vortrages über die militärische Lage nicht berührt wurde. Dem widerspricht die Darstellung des Generals Graf Schulenburg, welche die „Freiheit“ vom 6. April veröffentlicht hat. Darin heißt es: Ich traf im Vorraum die Generale von Pfaffen und Marichall, die mir sagten, daß der Feldmarschall und Groener jetzt zum Kaiser heraufstiegen, um ihm die Notwendigkeit seiner sofortigen Abdankung klar zu legen. Ich antwortete ihnen: „Ihr

seht hier wohl alle verrückt geworden. Das Meer steht zum Kaiser.“ Beide nahmen mich darauf mit zum Kaiser.“ Graf Schulenburg gibt als Schlusssätze des Groener'schen Vortrages wieder: „Es sei ganz ausgeschlossen, mit dem Feinde im Rücken mit dem geschlossenen Heere nach zu machen und es in vierwöchigem Marsch zum Bürgerkrieg nach Deutschland zu führen. Nach seiner und des Feldmarschalls Ansicht, der auch alle seine Abteilungs- und ebenso der Generalquartiermeister, Generalintendant und Chef des Eisenbahnbahwesens beiträten, läge die einzige Rettung des Vaterlandes in der sofortigen Abdankung des Kaisers.“

Später habe Feldmarschall Hindenburg das Wort ergriffen und erklärt, daß alle Nachrichten, die die D. S. Z. aus der Heimat und dem Meer hätte, die Notwendigkeit der Abdankung unumgänglich nötig machten!“

3. Die „Denkschrift“ behauptet, daß die „erste Aufforderung zur Abdankung aus der Reichskanzlei“ erst gegen Ende des militärischen Vortrages getroffen sei. Diese Behauptung ist unrichtig und ungenau.

Ueber die Schritte, welche vom 26. Oktober an unternommen wurden, um dem Kaiser die freiwillige Abdankung nahezu legen, werde ich an anderem Ort berichten. Ich erwähne hier nur die Mitteilungen, die vom 7. November ab nach Ueberreichung des Ultimatum's der Sozialdemokraten dem Hauptquartier von mir aus zugehen:

Unmittelbar nach dem Abbruch des Ultimatums, das ich dem Kaiser aufgrund jenes Ultimatum's einreichte, wurde ein Ergänzungstelegramm folgenden Inhalts abgefaßt:

„Ich erlaube in den Einzelfällen die Gefahr an, die ein unter dem Druck der Sozialdemokratie erfolgter Thronverzicht des Kaisers und des Kronprinzen für die Dynastie und das Reich bedeutete und die ich durch meine Schritte beim Kaiser und beim Kriegskabinet abzuwenden mich bemüht hatte. Andererseits nannte ich es eine noch größere Gefahr, eine Regierung ohne oder gegen die Sozialdemokratie zu bilden. Diese könne nur eine Militärdiktatur sein und müsse unvermeidlich zum Bürgerkrieg und zur Zerstörung des deutschen Volkstums führen. Schon der Versuch, sie durchzuführen, würde scheitern, da die Truppen größtenteils zu den Aufständern übergehen würden. Ich hielt es daher für meine Pflicht, eindringlich vor einem solchen Schritt zu warnen.“

In der Nacht vom 7. und 8. ging noch ein weiteres Telegramm an den Kaiser ab:

„Um die sozialdemokratische Partei regierungsfähig zu erhalten und den Ueberhang der Massen ins radikale Lager zu verhindern, müsse man den Unabhängigen und der Spartakusgruppe das Solawort entwinden, dessen Massenagitator nach Bekanntheit der Waffenstillstandsbedingungen an Gewalt noch wachsen würde. Ich rief aber nicht, das Ultimatum einfach anzunehmen, sondern den monarchischen Gedanken durch eine demokratische Lösung zu retten, als die Sozialdemokraten vorschlugen.“

Der Kaiser würde unverzüglich den festen Willen ausdrücken, abzudanken, sobald der Stand der Waffenstillstandsverhandlungen, die Ausarbeitung von Neuwahlen für eine verfassungsgemäße Nationalversammlung festgestellt, der die endgültige Neugestaltung der Staatsform des deutschen Volkes aufleben würde, einschließlich der bisher in das Reich nicht aufgenommenen Volksanteile. Was dahin werde der Kaiser einen Stellvertreter bestellen.“

Zur Empfehlung dieser Lösung machte ich geltend, der monarchische Gedanke würde bei den Neuwahlen einen Vorprung erhalten, weil die Initiative zur Feststellung des Volkswillens von der Krone ausgehen würde. Der Kampf würde von geistlichen in legale Bahnen, von der Straße in die Wahllokale abgelenkt, der ruhigen Bevölkerung die Möglichkeit der Gegenwirkung gegeben werden. Ich schloß mit dem Hinweis auf die Verschärfung der Lage im Reich: In München sei die Republik ausgerufen. In Stuttgart sei die Abdankung des Königs gefordert worden.

Auch dieser Appell blieb ergebnislos. Vom 8. datiert erhebt ich das folgende Telegramm im Auftrage des Kaisers:

„Seine Majestät hat es völlig abgelehnt, auf die Vorschläge Euer Großherzoglichen Hoheit in der Thronfrage einzugehen und hält es nach wie vor für seine Pflicht, auf seinem Posten zu bleiben.“

Darauf führte ich am Abend ein Telefongespräch mit dem Kaiser herbei. Es dauerte ungefähr 20 Minuten. Ich gebe den Kern meiner Ausführungen nach Notizen wieder, die der im Zimmer anwesende Legationsrat von Prittwitz gemacht hat:

Die Abdankung Seiner Majestät sei notwendig geworden, um den Bürgerkrieg in Deutschland zu vermeiden und um die Mission als Friedensstifter bis zum Schluß zu erfüllen. Wenn jetzt durch Vorzicht des Kaisers der Bürgerkrieg und Schlimmeres verhütet werde, so werde sein Name in der Geschichte gefeiert sein. Wenn jetzt nichts erfolge, so werde im Reichstag die Forderung nach Abdankung erhoben werden und durchgehen. Die Haltung der Truppen sei nicht unzulässig. In Köln sei die Macht in den Händen des Arbeiter- und Soldatenrats. In Braunschweig werde die rote Fahne auf dem Schloß. In München sei die Republik ausgerufen. In Schwertingen ein Arbeiter- und Soldatenrat. Das Militär habe sich nirgends bewährt.

Es beständen zwei Möglichkeiten: 1. Abdankung, Ernennung eines Stellvertreters und Einberufung einer Nationalversammlung. 2. Abdankung, Thronverzicht des Kronprinzen und Regentschaft für den Enkel.

Das Letztere verlange der interfraktionelle Ausschuss. Das Erstere erfordere mir als das Bessere und biete alle Chancen für die Monarchie.

Die Schritte sind immer geschähen, sie mühten mit der größten... Schritte sind immer geschähen, sie mühten mit der größten...

Der Kaiser war gänzlich unorientiert über die Stellung der Truppen zu seiner Person, sprach von einer militärischen Expedition gegen die Heimat und ging auf meine Vorschläge nicht ein.

Es ist ausgeschlossen, daß die Oberste Heeresleitung am 8. Nov. über den zwischen Berlin und Spaa in der Abendstunde geführten Meinungswechsel nicht orientiert worden ist.

Was hat die Oberste Heeresleitung veranlaßt, am 8. zu schweigen? Warum wurde nicht wenigstens noch in der Nacht zum 8. auf den 9. in der sich noch Vieles machen ließ, die Aufklärung des Kaisers in Angriff genommen?

Die „Denkschrift“ spricht von Widersprüchen zwischen den Ansichten der Reichsregierung und des Gouvernements über die militärische Lage in Berlin am Vormittag des 8. Es ist unmöglich, daß der Ausdruck „Berlin flösse in Blut“ noch irgend einem Herrn der Reichsregierung gebräuchlich worden ist.

Gleichzeitig lief die telephonische Intimität des Gouverneurs von Berlin ein, die die Mitteilung des Reichsstaatskanzlers bekräftigte, daß die Truppen übergeben seien und er selbst keine Truppe mehr in der Hand habe.

Die „Denkschrift“ läßt die wichtige Tatsache unermöhnt, daß auf Grund der Aufklärung über die Armee und auf Grund der Vorklage und Nachrichten aus Berlin der Kaiser sich im Laufe des Vormittags tatsächlich zu dem Entschluß durchgezwungen hatte, abzutreten und war vorbehaltlos als Kaiser und König von Preußen.

Der Kaiser war durch diese Meldung aufs Heftigste beeindruckt und schien entschlossen, seine Person zum Opfer zu bringen, um den Bürgerkrieg zu vermeiden.

Das muß ungeschehen sein. Eine ernste Sinnesänderung trat aufgrund der Genehmigung des Generals Graf Schulenburg, der im Gegensatz zu dem Gutachten der O. H. A. erklärte, die Armee könne nicht hinter dem Kaiser und würde auseinanderfallen, wenn er nicht als König von Preußen und oberster Kriegsherr bliebe.

Der Kaiser griff den Schulenburgschen Kompromißvorschlag an und entschloß sich, nur als Kaiser und nicht als König von Preußen abzutreten.

Die „Denkschrift“ verweigert, was ebenfalls Graf Schulenburg in seinem in der „Freiheit“ veröffentlichten Bericht mitteilt, daß der Kaiser die sofortige Orientierung des Reichsstaatskanzlers über diese Lösung für notwendig hielt, daß es aber General Graf von Schulenburg gelang, der bereits in diesem Sinne an Staatssekretär von Sinke gegebenen Befehl rückgängig zu machen und diese Verabsichtigung aufzuschieben, bis die schriftliche Formulierung vorläge und unterzeichnet sei.

Eine so wichtige Entscheidung, wie die Abdankung des Kaisers, sollte nicht in wenigen Minuten gefaßt werden. S. M. hätte seinen Entschluß gefaßt. Er würde schriftlich im Augenblick formuliert und die Reichsregierung müßte sich gebulden, bis diese Erklärung etwa in einer halben Stunde in ihren Händen sein würde.

Die Vorgänge in Berlin.

Zur Beurteilung meiner Handlungsweise ist die Frage entscheidend: Welche Kenntnis hatte die Reichsregierung von diesen Vorgängen in Spaa?

Ich stelle die Reihenfolge der wichtigsten Begebenheiten in Berlin zusammen:

Am 9.15 Uhr traf die telephonische Nachricht aus dem Hauptquartier ein, die oberste Heeresleitung habe sich entschlossen, sogleich Seiner Majestät zu melden, daß die bewaffneten Streitkräfte im Falle eines Bürgerkrieges nicht hinter dem Kaiser stehen würden und daß die Armee aus Ernährungschwierigkeiten nicht instande sein würde, einen Bürgerkrieg zu führen.

Nach 10 Uhr liefen die ersten Nachrichten über verfallende Truppen ein: Alexanderegiment, Raumburger Jäger, Niterbocker Artillerie. Für die Beurteilung der Lage war das Wenden der Raumburger Jäger von ausschlaggebender Bedeutung.

Die Meldungen über die Entwicklung der Aufständischen Bewegung wurden sofort nach dem Hauptquartier weiter gegeben. Die Möglichkeit einer Gegenwirkung der besonnenen Elemente in der Sozialdemokratie verringerte sich von Minute zu Minute.

Der übereinstimmende Einbruch der Geisprache in der Reichsregierung war, daß die Dinge im Hauptquartier sich so entwickelten, wie sie sich nach dem Vortrag der Obersten Heeresleitung eigentlich naturgemäß entwickeln mußten, das heißt, daß der Kaiser abdankte.

Nach 11 Uhr lauteten die Nachrichten bestimmter. Die für mich maßgebenden Telephonmeldungen waren: Die Angelegenheit ist jetzt sachlich entschieden; sie seien jetzt bei der Formulierung.

Der Kaiser hätte sich zur Abdankung entschließen; wir würden in einer halben Stunde die Formulierung erhalten.

Ich halte es nach den neuen Darstellungen für sehr möglich, daß kurz vor dieser letzten Telephonmeldung bereits der „Rückfall“ des Kaisers eingetreten war und diese Meldung mit dem oben erwähnten

Telephonat des Generals Schulenburg identisch ist, das ich noch einmal hierher setzen will.

Eine so wichtige Entscheidung wie die Abdankung des Kaisers sollte nicht in wenigen Minuten gefaßt werden. S. M. hätte seinen Entschluß gefaßt. Er würde schriftlich im Augenblick formuliert und die Reichsregierung müßte sich gebulden, bis die Erklärung etwa in einer halben Stunde in ihren Händen sein würde.

Selbst wenn die Telephonmeldung genau diesen Wortlaut gehabt hat, den Graf Schulenburg hier angibt, so konnte die Reichsregierung sie nicht anders verstehen, als dahin, daß der Kaiser den Entschluß zur vorbehaltlosen Abdankung gefaßt hatte und nur die Form noch gesucht werde.

Die Möglichkeit einer Sinnesänderung konnte von mir nicht in Betracht gezogen werden; waren mir doch die beiden entscheidenden Tatsachen bekannt, die als Grundlage für die Entschlüsse des Kaisers anzusehen waren:

Das Gutachten der Obersten Heeresleitung über die Haltung der Armee; die Berichte über die Machtverhältnisse in Berlin.

Ich wiederhole: von einer Abdankung nur als Kaiser und nicht als König von Preußen war in den Telephongesprächen vom 9. November und auch vorher mit keiner Silbe die Rede gewesen. Graf Schulenburg hatte es ja erreicht, daß der Kaiser seinen Befehl, den Kanzler sofort über die neue Wendung zu orientieren, zurückzog.

Die Zeit verrann, ohne daß die in Aussicht gestellte Formulierung eintraf. Telephonische Verbindung zu erhalten mißlang wiederholt. In der Kaiservilla war das eine Telefon abgehängt, das andere befeht.

Die Situation in Berlin hatte sich immer weiter zugunsten der Revolutionäre entwickelt. Jeden Augenblick konnte die Absetzung des Kaisers durch die Straße proklamiert werden. Sie zu verhindern, gab es kein Machtmittel. Ihr konnte nur vorgebeugt werden, dadurch, daß der Entschluß zur Abdankung verkündet wurde. Sollte noch der geringste Mißgeschick zugunsten des Kaisers und seines Hauses eintreten, so müßte die Veröffentlichung sofort erfolgen, nicht der Ablehnung nachgeschickt werden.

Die Ankündigung der Kanzlerschaft Ebert, der Appell an das Volk, durch eine verfassungsmäßige Nationalversammlung seine eigene Staatsform selbst zu bestimmen, bot noch eine schwache Hoffnung, die revolutionären Energien in die legalen Bahnen des Wahls Kampfes zurückzuführen.

Ich sah mich vor die Wahl gestellt, entweder abzuwarten und nichts zu tun oder auf eigene Verantwortung zu handeln. Ich mußte, daß ich formell nicht berechtigt war, ohne Einverständnis der Reichsregierung die Veröffentlichung vorzunehmen, aber ich hielt es für meine Pflicht, den Entschluß des Kaisers bekannt zu machen, so lange es noch einen Sinn hatte.

„Der Kaiser und König hat sich entschlossen, dem Thron zu entsagen. Der Reichsstaatskanzler bleibt noch solange im Amt, bis die mit der Abdankung des Kaisers, dem Kronprinzen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind.“

Es war der letzte verzweifelte Versuch, den Umsturz zu verhindern und der Krisis eine verfassungsmäßige Lösung zu geben. Er scheiterte, weil er zu spät kam. Nach dem 8. November, vielleicht am 9. ganz früh, hätte die Abdankung des Kaisers und der Aufruf zur Nationalversammlung möglicherweise die Dynastie, zum mindesten die legale Entwicklung retten können.

Die Verantwortung dafür, daß diese rettende Tat unterblieb, tragen in erster Linie diejenigen, die unter Angabe militärischer Gründe den Kaiser veranlaßten, am 29. Okt. ins Hauptquartier zu reisen und ihn dadurch der politischen Öffentlichkeit in der Abdankungsfrage entzogen.

Die diese Reise hinter meinem Rücken vorbereiteten und dadurch ein wirksames Verbot der Reichsregierung verhinderten, die den Kaiser bis zum 9. November in Antantennis über die wahre Stimmung der Truppen hielten und am 9. November sich gezwungen sahen, einzugestehen, daß die Armee nicht in der Lage war, den Kaiser zu schützen.

gez. Prinz Max von Baden.

Aus den Tagen der Friedensunterzeichnung.

Die italienische Grenze gegen Frankreich und die Schweiz gesperrt.

U. Matland, 8. Aug. Die „Perseveranza“ meldet, die italienische Grenze gegen die Schweiz und gegen Frankreich sei geschlossen. Die Auslieferung von Waffen ist eingestellt. Es handelt sich um eine vorübergehende Maßnahme von kurzer Dauer und man vermutete als Ursache dieser Grenzsperrung die Unteruchung eines Komplottes, in dem Ausländer verwickelt sein sollen.

Amerikas Industrie drängt auf baldige Ratifizierung.

W.B. Amsterdam, 8. Aug. „Daily News“ melden aus New York vom 6. August, daß die industrielle Lage in Amerika zur Ratifizierung des Friedensvertrages beitragen werde. Die Ungeduld wegen der Verzögerung der Ratifizierung mache sich bereits geltend. Die Erklärungen Baruds, der Wilsons Finanzminister war, bewiesen deutlich, daß die amerikanischen Finanzpolitiker die Schätzungen der europäischen Politiker über das Zahlungsvermögen Deutschlands lächerlich finden. Baruds Genosse David erklärte, die von Deutschland zu machende Anzahlung, die man auf 5 Milliarden Dollar festsetze, würde auf 1-2 Milliarden hinauslaufen. Die offizielle Ansicht in Amerika geht dahin, daß Deutschlands Kapitalbezug von diesem dazu verwendet werde, seine Industrie wieder in Gang zu setzen, um so einen allgemeinen Zusammenbruch Europas zu verhindern.

Japan und die Schantungfrage.

W.B. Amsterdam, 8. Aug. In den „Times“ vom 6. August veröffentlicht der japanische Botschafter in London eine Erklärung des japanischen Ministers des Auswärtigen über die Schantungfrage. Okida erinnert daran, daß die japanische Regierung in einem am 15. Aug. 1914 an die deutsche Regierung gerichteten Ultimatum die bedingungslose Auslieferung des ganzen Pazifikgebietes von Kiautschau an Japan bis zum 15. Sept. 1914 verlangte und zwar mit der Absicht der schließlichen Rückgabe dieses Gebietes an China. Diese Forderung hat niemals einen Einbruch eines alliierten oder assoziierten Macht hervorgerufen. Japan verlangt jetzt als eine der wesentlichsten Bedingungen für den Frieden, daß ihm das Pazifikgebiet von Kiautschau ohne Bedingungen der Kompensationen ausgeliefert wird. Es ist willens, China das ganze fragliche Gebiet zurückzugeben und mit der Regierung in China über die Durchführung seiner Versprechungen die notwendigen Regeln zu vereinbaren und zwar sobald dies nach der Ratifizierung des Versailler Vertrages durch Japan möglich ist. Japan hat nicht die Absicht, irgendwelche Rechte, die die territoriale Souveränität Chinas an Schantunggebiet beeinträchtigen, zu erheben oder zu beanspruchen. Die Bedeutung der Klausel muß nach der Erklärung des Barons Matsuo vom 5. Mai, es sei

die Politik Japans, die volle Souveränität über die Schantunghalbinsel an China zurückzugeben, und nur die Deutschland gewährten Privilegien zu erhalten, allen klar sein. Sobald eine Einigung zwischen Japan und China über die Rückgabe Kiautschaus erreicht wird, werden die japanischen Truppen, die jetzt Kiautschau und die Tainan-Fu-Eisenbahn bewachen, vollständig zurückgezogen werden. Es besteht die Absicht, diese Eisenbahn als gemeinsames sinesisch-japanisches Unternehmen ohne irgendwelchen Unterschied in der Behandlung einer Nation zu betreiben. Die japanische Regierung beabsichtigt selbst Vorschläge für die Errichtung einer allgemeinen ausländischen Niederlassung in Kiangtan anstelle der rein japanischen Niederlassung zu machen, auf die es nach dem Vertrag von 1915 Anspruch hat.

W.B. Amsterdam, 8. Aug. Nach einer Meldung des Pressebureaus Radio hat Präsident Wilson eine ergänzende Erklärung zu der bereits gemeldeten Erklärung Okidas über die Schantungfrage veröffentlicht.

Aus den besetzten deutschen Gebieten.

o Zweibrücken, 8. Aug. (Privat) In der letzten Nacht wurde das hiesige Wismar-Regiment durch unbekannte Täter — jedenfalls französische Soldaten, denn nur solche dürften sich ja betätigt haben — auf der Straße aufgehalten — über und über belaubt. Die Ausrüstungsgegenstände, der Waffentrost und das Gesicht der hohen Standarten waren mit roter und weißer Oelfarbe beschmieret. Es ist auf die Ermittlung des Täters eine Belohnung ausgesetzt.

Aufhebung eines unhaltbaren Verbots.

W.B. Metz, 8. Aug. Der „Temps“ erzählt von hier: Infolge der Verringerung der deutschen Bevölkerung Vorkriegens und der großen Schwierigkeiten für den weitaus größten Teil der Bevölkerung von Elzas-Lothringen, sich der französischen Sprache zu bedienen, ist das Verbot aufgehoben worden, wonach noch abends 10 Uhr an in den Straßen und tagsüber in der Straßenbahn nicht mehr deutsch gesprochen werden darf. „Humanitäre“ äußert sich sehr scharf gegen dieses Verbotsgesetz, das für Elsas-Lothringen geplant ist und welches den Sozialisten eine Armut von Wünschen und Forderungen verleiht.

Frankreich wirt italienische Arbeiter für das Saargebiet. W.B. Bern, 8. August. Das Zentralorgan der italienischen Gewerkschaften teilt mit, daß Frankreich von Italien 150 000 Arbeiter anheben habe, die in den Bergwerken des Saarbeckens die deutschen Arbeiter ersetzen sollen, weil diese nicht die der Slawerei ähnlichen Arbeitsbedingungen aushalten können. Das Blatt fordert die italienischen Gewerkschaften auf, alle von Frankreich ausbeutenden Arbeitsverträge mit dem größten Mißtrauen aufzunehmen.

Die weiteren Geschehnisse in Budapest.

Die Stimmung in Budapest. W.B. Budapest, 8. Aug. Nach einer Meldung des Ung. Volksbros wird die provisorische Regierung solange im Amt bleiben, bis Erzherzog Josef nach Anhörung der Landbesitzer, der Bürgerkammer und Arbeiterkammer ein Übergangskabinett ernennen kann. Seine erste Aufgabe ist die Aufrechterhaltung des inneren Friedens. Auch die Provisorien der Regierung hat die historische Wendung im Geschick des Landes mit größter Freude begrüßt. Nach den Stimmen der Vergangenheit werden die Gelehrten der Person des Erzherzogs Josef Verehrung und Ehrerbietung entgegenbringen.

Seine früh ergriffenen die während der bolschewistischen Herrschaft unterdrückten Mütter in Graz auszugeben, die um Vergriffen waren. Die Häuser legten festlichen Placards aus und an in den seit Monaten vermissen ungarischen Farben. Auf den Straßen herrschte den ganzen Tag über lebhaftes Treiben. Den aus der Provinz eingetroffenen Meldungen zufolge hat die Nachricht von der Ernennung der provisorischen Regierung auch auf dem Lande überall begeisterte Aufnahme gefunden.

Zur Diktatur Erzherzog Josefs. Sch. Rotterdam, 8. August. (Priv.) Eine Haasdenker meldet, daß der Beschluß der Alliierten auf Einsetzung einer Diktatur des Erzherzogs Josef in Ungarn einstimmig gefaßt wurde. Ob die Diktatur zur Monarchie oder zur Republik führen werde, habe das ungarische Volk zu entscheiden.

Loosany über die Entwirkung. W.B. Wien, 8. Aug. Der Korrespondent Erpreß zufolge hatte Loosany gestern mit dem Wiener Vertreter der Siegediner Regierung, dem Grafen Bethlem eine Unterredung. Er wird heute mit Garami konferieren. Loosany erklärte einem Vertreter der „Ungar. Post“ gegenüber, die Ereignisse in Budapest bedeuteten den Anfang der Entwirkung. Die Bildung der neuen Regierung bedeute keine Schwächung der Reaktion, sondern die Herstellung von Ruhe und Freiheit auf der ganzen Linie. Loosany und seine Freunde würden sich so rasch wie möglich nach Budapest begeben. Die Behauptung, nach der die Budapest Ereignisse das Werk der Siegediner Regierung wären, sei durchaus unhaltbar.

Der Umsturz und die Wiener Presse. W.B. Wien, 8. Aug. Die Wälder drücken die Ansicht aus, daß dem Umsturz in Ungarn reaktionäre Absichten zugrundeliegen. Sie besprechen die Möglichkeit der Rückführung der Ereignisse in Budapest auf die junge Republik Österreich. Sämtliche Wälder sind sich darüber einig, daß nur die weitgehende Demokratie das unglückliche Ungarn aus der gegenwärtigen verzweifelt Lage retten kann.

Die „Neue freie Presse“ sagt: Die ungarische Selbständigkeit wurde zerstört, als die gestirnte Welt in den blühenden Tagen der Republik eine Gefahr erkannte. Das Blatt schlägt die Selbstverneinung gebietet oder das Königtum wieder eingesetzt werden hat. Deutschland nicht zu bestimmen. Wir haben nur mit uns selbst zu kämpfen.

Das „Neue Wiener Tagblatt“ erklärt: Falls mit dem Erzherzog Josef das alte System restauriert werden sollte, müßte jeder aufrechte Freund Ungarns ein solches Unterfangen als hoffnungslos bedauern. Deutsch-Österreich werde die Segnungen der Demokratie zög und entschlossen verteidigen. Den gleichen Gedanken vertreten auch die übrigen bürgerlichen Wälder.

Die Geschehnisse im Reich.

Zur Verabschiedung der Verfassung. W.B. Weimar, 8. Aug. Nachdem der Vertreter des Reichsministeriums für das Verfassungswert Reichskommissar Dr. Preuß dem Reichsministerium Mitteilung über die Verabschiedung der Verfassung gemacht hat, hat dieser an Dr. Preuß ein Schreiben gerichtet, in dem er diesen und allen Mitarbeitern im Namen des Reiches wärmsten Dank für die aufopfernde Tätigkeit angedeutet.

Im Namen des Reichsministeriums hat Ministerpräsident Bamer Herrn Dr. Preuß ebenfalls seinen Dank ausgesprochen.

Das Betriebsratsgesetz. W.B. Berlin, 8. Aug. Das Reichsministerium hat in seiner Sitzung vom 7. August dem Entwurf eines Betriebsratsgesetzes seine Zustimmung erteilt. Derselbe geht mehr dem Staatenausschuß zur verfassungsmäßigen Beschließung vor und wird sodann sofort der Nationalversammlung vorgelegt werden.

Schwere Unruhen in Chemnitz. W.B. Chemnitz, 9. August. Ueber Chemnitz ist gestern abend anzüglich der schweren, schon gemeldeten Ausschreitungen der Bevölkerung der verschärft belagerten Zustand verhängt worden.

U. Chemnitz, 9. Aug. (Priv.) Hier rorteten sich gestern nachmittags 3 Uhr am Bahnhof in der näheren Umgebung große Massen zusammen, um gegen den Belagerungszustand



Kreis-Genwehr-Verband Karlsruhe.

P. O. Ffrosheim, 8. Aug. Im Kommissionshause des Rathhauses in Ffrosheim tagte gestern unter dem Vorsitz des stellvertretenden Kreis-Vorsitzenden Herrn Kommandant Sieb. Bruchsal von 8 Uhr ab der Ausschuss des Kreis-Genwehr-Verbandes Karlsruhe (3. Kreis). Es waren vertreten die Kommandanten der Kreisstädte der Bezirke Karlsruhe, Durlach, Bruchsal, Ffrosheim, Bretten und Ettlingen, sowie die Kommandanten der freiwilligen Genwehrvereine Egenstein, Weingarten, Ffrosheim, Oberhausen, Weidshelm und Kreissekretär Bort aus Karlsruhe.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung mit der Begrüßung und dem Dank für das Erscheinen und gedachte in ehrenvollen Worten des verstorbenen Kreis-Vorsitzenden Herrn Kommandanten Kreis aus Durlach. Anschließend hielt Kommandant R. u. Ffrosheim die Kreisversammlung in seiner Vaterstadt in seinem und im Namen der freien Genwehrvereine Ffrosheim herzlich willkommen und er freute sich und dankte, daß man Ffrosheim zu dieser Tagung bestimmt habe. Hierauf erbat der Vorsitzende eingehenden Bericht über die am 2. Juni letzten stattgehabte Landes-Ausschuss-Sitzung in Billingen, die innere Verbandsangelegenheiten betrafen, welche gute Aufnahme fanden und der Bericht über die Geschäfte seit dem Ableben des verstorbenen Kreis-Vorsitzenden Herrn Kreis und über den Mannschafstand und Waffenbestand. Aus demselben war zu entnehmen, daß sich infolge des Krieges durch Tod und Austritte wegen Entziehung der Mannschafstand seit 1914 um 1032 Mann bei den 88 Bezirken des Kreises verringert hat. Der Waffenbestand des Kreises hat sich durch den fast jährigen Stillstand der Kreisgeschäfte und die dadurch bedingten weniger Ausgaben recht günstig gehalten, so daß der heutige Stand der Rasse die ansehnliche Summe von 21.183,48 aufweist.

Anschließend an diese Berichterstattung wurde über Mittel und Wege beraten um den Mitgliederstand durch Beitritt junger Leute, besonders aus den Turnvereinen zu den freiwilligen Genwehrvereinen zu heben. Im weiteren Verlaufe der Tagung wurde beantragt, der nächstfolgenden im Laufe nächsten Monats in Freiburg stattfindenden Landesversammlung folgende Anträge zu unterbreiten:

- 1. Der Landesverband möge beim Ministerium des Innern beantragen, daß hinsichtlich der Feuerlöschspendoren und Genwehrkommandanten für brandtechnische Übungen und Besichtigungen von Objekten eine der Zeit entsprechende, gebührende Vergütung angewiesen wird, da bis jetzt diese Arbeiten immer unentgeltlich ausgeführt werden mußten.
2. Soll beantragt werden, daß von unseren 2 großen Städten im Kreis (Karlsruhe und Ffrosheim) je ein Vertreter ihrer Wehren in den Landesauschuss mit Sitz und Stimme ernannt wird und ferner, daß alle Kreise bis zu 50 Wehren mit einem Vertreter und mit mehr als 50 Wehren für jede angefangene 50 ein weiterer Vertreter mit Sitz und Stimme in den Landesauschuss zu entsenden haben.
Da infolge der allgemeinen Teuerung der Antrag an den Vorsitzenden gestellt wurde, die Sitzungsgelder der Zeit entsprechend zu erhöhen, wurde derselbe zur Abstimmung gebracht und die Erhöhung der Gebühren mit sofortiger Wirkung einstimmig bewilligt und dieser Antrag mit sofortigem Beschluß erhoben. Weitere Wünsche und Anträge lagen nicht vor. Der Vorsitzende schloß daher um 1/2 Uhr die sehr ausgiebige Tagung mit nachmittägigem Danke für die Mitarbeit.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 9. August.

Der Nachfolger des † Defans Ebert. Die evgl. Kirchengemeinde Karlsruhe-Mühlburg hat als Nachfolger des am 13. April verstorbenen Defans Ebert den Stadtpfarrer Schulz in Koblhoff zum Stadtpfarrer von Karlsruhe-Mühlburg gewählt.

Vom bad. Landes-Theater. Der neue Leiter des Landes-Theaters, Stanislaus Fuchs, ist 1869 in Baden geboren, widmete sich nach Absolvierung eines Berliner Gymnasiums literarischen und künstlerischen Studien und weitere seinen Gesichts-kreis durch Reisen. Seit 1887 gehörte er der Bühne an und zwar als Soubrette und Oberpielleiter an den Theatern in Breslau,

Elberfeld, Nojod und Gera. Von 1911 bis 1918 war er Leiter des Stadttheaters in Lübeck. Zuletzt leitete er seit Oktober 1918 das Deutsche Theater in Riga, das er mit starker Organisationsgabe zu einem vorzüglich arbeitenden Institut gemacht hat. Vor Übernahme des Rigaer Theaters leitete er das Stadttheater in Lübeck mit Erfolg. Der neue Intendant hat sich besonders beim Aufbau des Rigaer Theaters betätigt.

(:) Sonderabteile für Schwerkranken. Auf Antrag des Reichsverbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegs-Hinterbliebene, Gau Baden, wird die Generaldirektion der bad. Staats-eisenbahnen vom Montag, den 11. August in den Zügen 638 Bruchsal ab 5.42 Uhr vorm. und 977 Karlsruhe ab 4.34 Uhr nachm., auf der Strecke Bruchsal-Karlsruhe einen Wagon für Schwerkrankenbesitzer reserviert halten und dementsprechend bezeichnen. Die Maßnahme erfolgt, um insbesondere den täglich zur Arbeitsstätte fahrenden Beinamputierten, Beinbeschädigten und innerlich Schwerverkranken die körperliche Anstrengung des Sitzens während der Eisenbahnfahrt zu ersparen.

Die Versorgung mit Fischlingen. Nachdem die Zufuhren an Fischlingen in letzter Zeit den vorhandenen Bedarf soweit gedeckt haben, daß sich zum Teil Abfahrschwierigkeiten ergaben und nachdem eingehende Besprechungen mit den Interessenten die Zweckmäßigkeit des Abbaues der inländischen Fischzucht von Fischen bestätigt haben, hat der Reichskommissar für Fischzucht im Einverständnis mit dem Reichsernährungsministerium die Inlandsbewirtschaftung der Fische und Fischprodukte mit Wirkung vom 4. August 1919 ab außer Kraft gesetzt. Es wird deshalb die Verordnung vom 15. September 1917 über Regelung der Versorgung mit Fischlingen mit sofortiger Wirksamkeit aufgehoben werden. Die Landesvermittlungsstelle für Fischzucht wird auf Anweisung des Ministeriums des Innern alle auf Grund der erwähnten Verordnung erlassenen Höchstpreisfestsetzungen für Süßwasserfische außer Wirksamkeit setzen. Bezüglich der Regelung der Versorgung mit Bodenseefischen folgt besondere Entscheidung nach. Die Befristung der Einfuhr von Fischen und Fischereierzeugnissen bleibt vorläufig in der Hand des Reichskommissars für Fischzucht aufrecht erhalten, da es sich gezeigt hat, daß mit Rücksicht auf die Preisbildung des Auslandsmarktes und die Beschaffung der Zahlungsmittel eine einheitliche Leitung und Kontrolle noch erforderlich ist. Die Befristung des Reichsankers über die Bewirtschaftung der Fischzucht vom 28. November 1916 und vom 22. September 1917 bleibt trotz der Aufhebung der Zwangsbeschränkung bis auf weiteres unverändert fortbestehen.

Musikalische und gelungene Aufführungen. Heute Abend 1/2 8 Uhr finden im schönen Garten des Küstern Krug musikalische und gelungene Aufführungen statt, veranstaltet durch den „Musikverein Karlsruhe“ (verklärtes Oberster, circa 45 Mann) und dem Gelfangverein „Badenia“. Den Besuchern steht ein angenehmer unterhaltender Abend bevor. (M. H. J. Interat.)

Konzert im Stadtpark. Am Sonntag, den 10. August, findet ein Mittags- u. ein Nachmittagskonzert im Stadtpark statt. (S. A.) Im Restaurant „Zum Moninger“ findet heute Samstag abend 8 Uhr Militärkonzert der Grenadier-Kapelle unter Leitung des Herrn Obermusikleiters Bernhagen statt.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Na. Karlsruhe, 8. August. Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden ist weiterhin durch den anhaltenden Rohstoffmangel und durch das Fehlen von Rohstoffen ungünstig beeinflusst. Der in der Woche vom 27. Juli bis 2. August eingetretene kleine Rückgang in der Erwerbslosigkeit hat nicht angehalten. Es ist leider wieder eine Zunahme in der Zahl der Arbeitslosen festzustellen.

In der ersten Augustwoche waren in Baden 11.824 Erwerbslose vorhanden, denen in der Vorwoche nur 11.754 gegenüberstehen; es ist mithin wieder ein Mehr von 70 Erwerbslosen zu verzeichnen. Berücksichtigungsmäßig mußten wegen Rohstoffmangels bei einem Betrieb in Offenburg vorgenommen werden, wodurch 20 Arbeiter, darunter 13 Frauen, zur Entlassung kamen. Wegen Fehlers von Roh-

stoffen mußte eine Zigarrenfabrik in Bammental 90 Frauen entlassen. Bei der Volkswehr in Karlsruhe wurde 400 Mann gekündigt. Gegenüber dieser Erwerbslosigkeit macht sich in einzelnen Industriezweigen auch ein Mangel an Arbeitskräften bemerkbar. So konnte in der Bekleidungsindustrie der große Bedarf an Schneiderinnen und Schuhmachern bei weitem nicht gedeckt werden. Für die Holzindustrie werden gleichfalls noch Mafelstreicher, Wagner, Küfer und Holzschlauer in größerer Zahl verlangt. Wie sich die Lage im Baugewerbe in der nächsten Zeit gestalten wird, ist noch unklar. Nachdem bereits jetzt schon eine große Anzahl von Bauern und Zimmerleuten gesucht wird, andererseits aber auch bereits eine größere Anzahl Meldungen aus diesen Berufsständen für Arbeitsaufnahme im Aufbaubetrieb in Nordfrankreich vorliegen, ist eine äußerst ungünstige Arbeitsmarktlage im Baugewerbe für die nächste Zukunft zu erwarten. Der Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitern und Knechten konnte bisher nur knapp gedeckt werden.

Veränderungen im Bahwesen.

Karlsruhe, 9. Aug. Auf dem Gebiete des Bahwesens sind verschiedene Veränderungen erforderlich geworden:

- 1. Infolge des Waffentillages und mit Aufhebung des Belagerungszustandes sind der stellvertretende Generalstab der Armee und die Militärbehörden aus dem Kreis der Dienststellen ausgeschieden, die zur Durchführung der Bahvorschriften berufen sind. Die von diesen militärischen Stellen ausgeübten Befugnisse werden nunmehr von den zivilrechtlichen Behörden übernommen und zwar soll der sogenannte kleine Grenzerbefehl, der bisher von den Militärbehörden nach Besuchen mit den zuständigen Landesbehörden geregelt wurde, in Zukunft durch die Landeszentralbehörden, oder wie von ihnen ermächtigt werden, durch die Landeszentralbehörden geregelt werden, und die Befugnisse zur Befreiung von Pass- und Sichtvermerkszwang in Einzelfällen, die bis jetzt dem stellvertretenden Generalstab der Armee und den für den Grenzübergang zuständigen Militärbehörden zustanden, auf die Landeszentralbehörden oder die von ihnen ermächtigten Behörden, sowie auf das Auswärtige Amt (Passstelle) übergehen.
2. Die dem Reichsfinanzminister bisher übertragenen Befugnisse werden gemäß § 5 des Uebernahmengesetzes vom 4. März 1919 vom Reichsminister des Innern ausgeübt.
Da diese Veränderungen eine Neufassung der geltenden Bahverordnungen notwendig machten, hat der Reichspräsident unter dem 10. Juni eine Verordnung über die Abänderung der bestehenden Bestimmungen erlassen.

- 1. Die Sichtvermerke werden wie bisher von den Bezirksämtern ausgestellt.
2. Die Entscheidung über Gesuche um Befreiung vom Pass- und Sichtvermerkszwang in Einzelfällen bleibt vorerst dem Ministerium des Innern vorbehalten. Derartige Gesuche werden dabei jeweils mit Stellungnahme des Bezirksamtes dem Ministerium vorgelegt.
3. In den Vorschriften über den sog. kleinen Grenzerbefehl tritt eine Änderung am 1. August in Kraft, bis die Verhandlungen hierzu über mit der Schweizerischen Regierung beendet sind.

Karlsruher Hausfrauenbund.

Spezialfest für die Zeit vom 10.-16. August.

Sonntag: Radeluppe, Braten, Kohlrabi und Kartoffeln; abends: Griespudding und Obst. — Montag: Gräbener Suppe (Kohlrabi), grüne Bohnen, Heringe und Kartoffeln; abends: Radel und Salat. — Dienstag: Reisuppe, Wirsing mit Kartoffeln und Pilze, Obst; abends: Gedämpfte Kartoffeln und Metzerli. — Mittwoch: Maisgrüchsuppe, Erbsen und Gelberbsen und Kartoffeln; abends: Wirsingkartoffeln und Tee. — Donnerstag: Gerstentuppe, Wangoldspinat und Kartoffeln; abends: Heringssalat. — Freitag: Braune Suppe (Kohlrabi), Wirsing mit Reis- oder Crampengemüse; abends: Sauermilch und Kartoffeln. — Samstag: Bohnen- oder Erbsensuppe, Spätzle und Rhabarber; abends: Gemischter Salat, Brot und Kaffee.

Maschinen-schreiben, stenographie, Schönschreiben, Rundschrift 323143 etc. etc. Lehner Strauß, Kronenstr. 15, III, Eing. durch 5. Olttertor

Dr. med. Albert Schmitt verweist. Friedrichsplatz 7. 12784

Pläne, Zeichnungen etc. schnellste u. beste Vervielfältigung bei 14709\* S. Thoma Nachf. Elektr. Lichtpausenanstalt Kaiser-Allee 29. — Telefon 5026.

SAMSON & Co. Atelier für moderne Bildkunst 7 Kaiserpassage 7

Getr. Kleider, Uniformen, Schube, Weibschm., sowie einseits u. ganz Haus-haltungen, Teppiche, Gardinen etc. samt in den besten Stoffen R. Billig, Markgrafstr. 17.

Leop. Zureich Ww. Dekorationsmaler u. Anstreicher-geschäft Amalienstr. 13 Telefon 22

Aufgepaßt! Sohle die höchsten Preise für abelente, Barrens und Damenkleider, Schuhe, Stiefel, Vorhänge, Wäsche usw. Soufferte genant, Soume ins Gaus. 348214 Okuniewski, Brunnenstr. 4.

Damenschneiderei empfiehlt sich in Neuanfertigen u. Umändern sämtl. Damengarderobe von der einfachsten bis zur feinsten Ausführung 228205 Frau M. Tappe, Brahmstr. 3a.

Plankuch & Co. Schweizer Obstwein kein Mojl. 12062

Meine Spezialität: Schreibmaschinen-Reparaturen (Reparatur) prompt und billig Karlsruher Schreibmaschinen-Centrale Friedrich Lieb 12588.103 Telefon 3510. Derrrenstraße 15.

Plankuch & Co. Obstwein kein Mojl. 12062

Prima Apfelwein offeriert billig. 6064a Hotel Crun, Effental, Weinhandlung und Kellererei.

Tanz-lehrinstitut J. Braunagel Nowacksanlage 13.

Zu den Anfangs September beginnenden Kursen in modernen Tänzen für Fortgeschrittene sowie zu Anfängerkursen

Detektiv-u. Priv.-Auskunftei Fr. Tierbacher, München, Arbeit überl. Ermittelt alles. — Etwa alle Berichte unter Beweis. Spezialität: 2285 Einholung beidg. Aus-fürste auch i. Ausland. Ueberwachung von Personen, Vaterchafts-ermittlungen, Ehe-ein-schließung, Nachforschungen, Gruter, anonym. Briefschreiber, Uebernahme von Kriminal-fällen, Hilfe i. Straf-sachen, Verlegung u. Ver-trauenverhältnisse, aller Art. — Anträge, Preise, Prob. gratis u. franko.

Achtung! Soeben neue Fahr-tadler-eisensarime Auslandsware eingetroffen zu billigen Preisen. Willy Augenstein, Kronenstr. 36. 323176

TANZ-SCHULE Telephon J. HEPPES Karlsruhe Nr. 2870 Herrenstr. 25

Für Küche- und Leib-Wäsche gezeichnet, empfehle ein Fokten Koh. Baumwolltuch - Resten per Std. M. 3. — u. M. 4. — in. serant. Oberkanzel weis und gran. dien Tuch s. Kuslage und Kästel. atone Drell-Kuslage Rinder-Schöden Rinder-Denden Reimware Pippmann Dreyfuß, Kollerstraße 164. II. 12618

Großes Lager gebr. Eisenbahnschienen (für Bauzwecke sehr gut geeignet) gebr. I-Träger u. U-Eisen gebr. Rundelisen, Militärwagenachsen gebr. Radreifen, neue Hufeisen Flacheisenenden u. T-Eisen Stacheldraht. Lagerbesuch erbeten. 11940 Rosenfeld & Co. Karlsruhe-Mühlburg Tel.-Nr. 184 u. 841 — Telegr.-Adr. Metallfeld.

Jagdgewehre, Jagdpatronen, Fahrräder, Fahrradereifung K. Güssel. 6040a.12.0 C. Demmer Söhne

Stärke - Wäsche besorgt bei 8tägiger Lieferzeit Dampfwaschanstalt Schorpp Annahmestellen: Karlsruhe: Ludwig-Wilhelmstr. 5 Gerwigstr. 34 u. 233 Amalienstraße 15 Waldstraße 64 Auguststraße 32 Schillerstraße 18 Kaiserallee 37 Gabelsbergstraße 1 Rheinstraße 15 Durlach: Hauptstraße 15

Schuhkrem. hohe Dolen, gelb, Deder, hochglanz, Samtstreifen, Del. 20.4. fr. Wachs. 3. Koller, Breslau 24. 100

Kümmel, schone, reine Ware, net, Kilo 14. 307. verpackt, um. Nachnahme, 281261 2. Schumburg, Gießen, Behnstraße 68



Stadtgarten Karlsruhe

Nur bei gutem Wetter.

Samstag, den 9. August 1919, abends 8 Uhr

Großes Konzert

Gastspiel der heimkehrenden Kriegsgefangenen.

Ausführende:

Orchesterverein Karlsruhe

Leitung: Herr Kapellmeister R. Krohn.

Männergesangsverein Karlsruhe

Leitung: Herr Seminarlehrer H. Bernhardt.

Eintrittspreise wie bekannt, zusätzlich 5 Pfennig

Beierthemer Fußball-Verein, e. V.



Sonntag, 10. August 1919, nachm. 1/2 3 Uhr.

auf unserem Platz 4. Mannschaft gegen Germania Durlach 1.

1. Mannschaft 12811 in Freiburg.

Abends 8 Uhr im Lokal Tanzunterhaltg.

Palast-Lichtspiele

Herrenstraße 11. Telefon 2502.

Ab heute!

Zwei Filmwerke von denen man spricht.

LULI

LUXEUM Lichtspiele

Nur kurze Zeit!

Gastspiel des Schlierseer Bauern-Theaters

mit Fannerl Terofal

Der Schmuggler u. sein Weib.

Ein äußerst spannendes Hochlands-Schauspiel in 4 Akten.

In den Hauptrollen:

Fannerl Terofal, Marie Vogelsang, Resl Biendl,

Karl Mittermayr, Ludwig Wengg, Franz Soltz.

Der vorzügliche Ruf dieser hervorragenden

Künstler ist längst weit über Deutschlands

Grenzen hinaus gedrungen. Es ist daher ganz

besonders zu begrüßen, daß diese urwüchsigen

Bauerndarsteller sich nun auch dem Film zu-

gewandt haben, bei dem die Wunder der

Alpenwelt besonders zur Geltung kommen.

Im 1., 2., 3. und 4. Akt

Zither-Einlagen.

Die rasch beliebt gewordene Künstlerin

Hilde Wörner

bietet eine hervorragende Leistung in ihrem neuesten Film

Fräulein Baronin.

Reizendes Lustspiel in 3 Akten.

Künstler-Kapelle

Letzte Vorstellung abends von 9-11 Uhr.

Jüdischer Kultur- u. Hilfsverein Karlsruhe.

Marionstr. Apollo-Theater

Kasseneröffnung 8 Uhr abd. Einlaß 1/2, 8 Uhr.

Samstag, den 9. August 1919, abends 1/2 9 Uhr

unter Mitwirkung der berühmten Künstlerin

Frau Anna Jakobowitsch.

Zum ersten Male in Karlsruhe.

Geld, Liebe, Schande

Tragödie in 4 Akten von Solotarewski

unter Regie des Herrn H. Jakobowitsch, v. der

Warschauer Theatral- u. Operetten-Gesellschaft.

Kinder haben keinen Zutritt.

Mitwirkende: Damen: Frau Jakobowitsch, Frä.

Perlmann, Frau



